



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/190 - 25.8.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Löhne und Preise	S. 1
Die Vorgänge in Brasilien	S. 3
Niedersächsische Sorgen	S. 5
Die Millionen da drüben	S. 7

---

## Lohnkämpfe - auf wessen Kosten?

RD - Von zwei Argumenten gegen die Forderungen der Arbeitnehmer auf einen höheren Anteil an der erzeugten Gütermenge - Sozialprodukt - versprechen sich die Gegner der Lohnerhöhung eine besonders kräftige Wirkung auf die öffentliche Meinung. Sie behaupten: Lohnerhöhungen erhöhen auch die Kosten der Produktion und führen zwangsläufig zu erhöhten Preisen - und: die Preiserhöhungen treffen alle Verbraucher, besonders die Bezieher von Renten und Sozialleistungen, die nicht um ein erhöhtes Einkommen streiken können.

In allen Lohnauseinandersetzungen der jüngsten Zeit hat sich ergeben, dass die Arbeitgeberseite immer zu Lohnerhöhungen im gewissen Umfang bereit war. Diese Zugeständnisse erreichten allerdings nie die Forderungen der Gewerkschaften. Lohnreserven sind also vorhanden, werden jedoch nicht freiwillig gegeben. Die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik haben fast ausnahmslos Lohnerhöhungen für möglich, teilweise sogar für notwendig erklärt, um den Warenabsatz, unsere Konjunktur und den Beschäftigungsgrad in der Wirtschaft zu erhalten. Ihre Einschränkung lautete lediglich: Lohnerhöhung nur in den Grenzen der ausgeweiteten Produktion. Daraus ergibt sich die Frage, halten sich die Gewerkschaftsforderungen in diesen Grenzen? Dazu ein paar Zahlen:

Die verfügbare Gütermenge - das Sozialprodukt - stieg 1953 real seit 1936 um 48 %; die Investitionen der Wirtschaft kletterten um 265 % höher als 1936, der private Verbrauch der Bevölkerung lag

eben über dem von 1936 und noch unter dem von 1938. Und das Ergebnis:

Die Adam Opel AG erregte kürzlich Aufsehen mit ihrer diesjährigen Dividende. Sie zahlte ihren Aktionären 56 % und zwar 50 % in neuen Aktien und 6 % in bar. Aber das war kein Ausnahmefall. Alle Aktien-Gesellschaften des Bundesgebietes haben ihren Vermögensbestand gemessen am Kurswert ihrer Aktien von 30 % des nominellen Vorkriegswertes im Jahre 1949 auf 125 % heute erhöht. Das bedeutet, kostete eine 1000-Mark Aktie 1949 300 DM, so zahlt man heute dafür 1250,-- DM. Das ist ein Wertzuwachs von mehr als 300 % seit 1949 oder jährlich mehr als 50 % unversteuerter Dividende. Die gegenwärtige Konjunktur lässt einen ähnlichen Vermögenszuwachs auch in diesem Jahre erwarten, und nicht nur bei den Aktiengesellschaften.

Die Grenze des Zumutbaren ist also von den Arbeitnehmerforderungen keineswegs erreicht, geschweige denn überschritten. Würden sich alle Arbeitnehmer - Einkommen im Bundesgebiet (rund 60 Milliarden DM im Jahre 1953) um rund 10 %, also 6 Milliarden DM erhöhen - und so hoch gehen die Forderungen der Gewerkschaften nicht einmal - und würden die "Investitionen" der Wirtschaft (29,6 Milliarden DM im Jahre 1953) um diesen Betrag gekürzt, so lägen die Investitionen immer noch um rund 2 Milliarden DM höher als 1951. (21,4 Milliarden) Und das war auch schon ein ganz passabler Teil der Gewinnquote.

Wenn also die Unternehmer mit Preiserhöhungen drohen, falls sie erhöhte Löhne zahlen sollen, so bekunden sie damit, dass sie ihre ständig wachsenden Gewinne nicht kürzen lassen möchten, dass die Arbeitnehmer am wachsenden Ertrag der Erzeugung nicht teilhaben sollen. Es geht nämlich gar nicht um erhöhte Kosten der Erzeugung, sondern um eine andere, gerechtere Verteilung des Ertrages. Die Forderungen der Gewerkschaften zielen auf Verminderung des Gewinnes in der ganzen Wirtschaft, der aus der bisherigen Differenz zwischen Löhnen und Preisen ein mehr als vertretbares Ausmaß hatte.

Damit fällt aber auch das soziale Argument auf jene zurück, die neue Preiserhöhungen ankündigen und die die bisherigen Gewinnreserven in der Wirtschaft nicht zu den seit Jahren versprochenen Preissenkungen nützten. Sie haben mit ihren Preisen in der Vergangenheit keine Rücksicht auf die "sozial schwachen Schichten" genommen und wollen es um ihres Gewinnes willen auch künftig nicht tun. Sie möchten aber die Wirkung ihrer Gewinnsucht, die überhöhten Preise und den Mißmut der Öffentlichkeit auf die Verantwortung der kämpfenden Arbeitnehmer ablenken.

Der folgende Beitrag ging uns von einem mit den Verhältnissen in Brasilien gut vertrauten Mitarbeiter wenige Tage vor dem Selbstmord des Präsidenten Vargas zu.

### Hintergründe des Todes Vargas'

-t. Schon einmal, im Jahre 1945, haben die "Forças Armadas" Brasiliens den Bundespräsidenten Vargas davongejagt. Dass er dann in die Macht zurückkehren konnte, verdankte er der organisierten Stärke seiner Arbeiterpartei, die ursprünglich stark zum Faschismus tendierte. Allerdings konnte er seit seiner Rückkehr nicht mehr so absolut regieren wie vordem, als er einer unter einer ganzen Anzahl von Diktatoren war.

1945 stürzten Vargas die Generale und Obersten, die auch in Brasilien wie im übrigen Lateinamerika sich mehr um Politik als um ihre Truppen zu kümmern pflegten. 1954 waren sie es, die, in Erinnerung an seine Wiederkehr, zunächst davor zurückschreckten, ultimativ seinen Rücktritt zu verlangen. Sie wußten, dass Getulio Vargas auf dem Instrument der Massen zu spielen versteht. Doch wollten sie sich nicht hinter ihn stellen, lehnten Loyalitätserklärungen ab und schieben die ganze Verantwortung den Politikern zu, vor allem denen der Opposition in der Demokratischen Union, die durch das Attentat von Leuten aus der Vargas-Leibwache auf ihren bekanntesten Repräsentanten, den katholischen Demokraten Carlos Lacerda, besonders erbittert auf das Regime Vargas ist.

### Ein Attentat löste die Lawine

Wie ist es zu diesem Attentat gekommen? Aus einem vollbesetzten Mietauto war im Morgengrauen auf den Herausgeber der schärfsten Oppositionszeitung, den vom Kommunismus zum Katholizismus übergetretenen Lacerda geschossen worden. Er wurde verletzt, aber ein ihn begleitender Luftwaffenmajor blieb tot neben ihm liegen. Keine Polizei- und Justizbehörde wollte so recht an eine Untersuchung heran. Da griffen die "Forças Armadas" ein und führten selbst die Untersuchung; die Justiz samt Minister mußte nachziehen. Nach dreißig Stun-

den waren Täter und Umstände des Anschlags bekannt. Die Streitkräfte verlangten die sofortige Auflösung der Leibgarde, einer richtigen Bande von "Capangas", wie gedungene Totschläger in diesen Zonen zu heißen pflegen. Warum stellte sich Vargas unter den ständigen Schutz solcher Elemente und ihres Anführers, eines riesigen Negers, der auf diesem Posten steinreich und - zum Ausgleich - schwer herzkrank geworden war? Das hat Vargas viele Sympathien gekostet. Die "Forças" verlangten noch mehr: die Entfernung des Sicherheitschefs; auch sie wurde zugestanden.

Inzwischen diskutierte ganz Rio die Zusammenhänge. Zufällig finden im Oktober die Wahlen zur Bundeskammer statt. Lacerda kandidiert für die Demokratische Union. In seinem Wahlkreis war der Sohn von Vargas als Gegenkandidat der väterlichen Arbeiterpartei aufgestellt worden. Rio wollte nun wissen, ob Lacerda deswegen sterben sollte. Die Luft war voller Gerüchte. Man sprach von der Forderung nach Ersatz für eine Anzahl Minister. Der Verteidigungsminister, vor kurzem erst ins Amt gekommen, als sich sein Vorgänger hinter 60 Obersten gestellt hatte, die die Rückgängigmachung der Verdoppelung der Minimallohne aus Sorge vor einer Inflation gefordert hatten, die sowieso am Horizont auftaucht, ist darauf bedacht, sich bei den Streitkräften einen guten Namen zu verschaffen und macht sich zu ihrem Parteigänger.

In Brasilien herrscht jetzt die Ruhe vor dem Sturm. (Der inzwischen ausgebrochen ist. D.Red.) Es ist nur die Frage, ob die politische Opposition, die zweifellos demokratischer denkt als das halbfaschistische Regime, glaubt, ihre ganze Hoffnung auf die Wahlen setzen zu können, die zweifellos im Zeichen der Erschütterung dieses Regimes stehen werden, oder ob sie angesichts des Charakters ihrer Gegner ihre Zuflucht zu einem äußeren Fachdruck nehmen wird, für den sie allerdings bewaffnete Kräfte oder mindestens putschbereite Kommandeure brauchen würde.

Für die erste Auffassung spricht, dass die Militärs im Augenblick keine ausgesprochen populäre Figur zur Hand haben; denn der General, der Vargas 1945 stürzte, Monteiro, liegt schwerkrank darnieder und ist aktionsunfähig. Der erst kurze Zeit amtierende Oberkommandierende ist ein noch unbeschriebenes Blatt, und der zweifellos energischste Militär, ein unter dem Druck der Streitkräfte zum Polizeichef ernannter bewährter Italienkämpfer, steht erst im Rang eines Obersten. Das genügt kaum, um unter seinem Namen ein Pronunciamento zu veranstalten.

Aber da das Ganze sich in Südamerika abspielt, lässt sich die Entwicklung besonders schwer vorausberechnen. Das Unerwartete pflegt fast die Regel zu sein. + + +

Manöver-Toto für 20.000 Bauern

-dt, Hannover, im August

In einer niedersächsischen Zeitung war dieser Tage ein Photo von den "jüngsten Panzermanövern in der Lüneburger Heide" zu sehen. Es zeigte einen von den Panzerketten aufgewühlten Feldweg, der nun für die Erntewagen der Bauern unpassierbar ist". In das Kornfeld links vom Feldweg haben die Panzer, wie das Bild bestätigt, breite Gassen gewalzt.

In der Lüneburger Heide ist man solchen Kummer seit Jahren gewöhnt; jährlich werden für Manöverschäden rund 5 Mill. DM vom Konto "Besatzungskosten" abgehoben, für ein Gebiet, in dem rund 100.000 Hektar mit "ständigen Manöverrechten" behaftet sind. Das heißt, dass diese 100.000 ha landwirtschaftlich überhaupt nicht oder nur wenig genutzt werden und somit das ganze Jahr zur Verfügung des Militärs stehen. Dabei geht es keineswegs um große Manöver, oft sind es nur Fahrübungen englischer Panzer-Rekruten. Das letzte große Herbst-Manöver mit Eisenhower und Montgomery in der Lüneburger Heide wurde 1951 abgehalten; seither probt die Rheinarmee den militärischen Ernstfall in größten Verbänden im Gebiet der Weser.

Übung "Panzerfaust" nun vom 27.8. bis 9.9.

"Kailed fist", zu Deutsch "Panzerfaust", heissen die großen Manöver, die nun seit mehr als vier Wochen die Gemüter entlang der Weser erregen und weit über die Weser hinaus bekannt wurden durch massive Proteste der Bauern, ihrer Organisationen und der niedersächsischen Regierung. Angesichts der Halsstarrigkeit (auf gut Deutsch nennt man es "stur"), mit der in der ganzen Welt Generäle gegen zivile Vorstellungen gepanzert zu sein pflegen, war es geradezu überraschend, dass die niedersächsischen Proteste wenigstens zu einem Teilerfolg geführt haben. Die Rheinarmee hat die "Panzerfaust", die ursprünglich vom 20. August bis 2. September über die niedersächsischen Fluren rollen sollte, auf die Zeit vom 27. August bis 9. September verlegt.

Diese Terminverschiebung erlaubt den Bauern, die verspätete Ernte einzubringen, soweit das das schlechte Wetter zulässt. Das ist unzweifelhaft ein Gewinn. Bei der Genugtuung darüber darf aber nicht übersehen werden, dass mehr auf dem Spiel steht als die Ernte. "Prinzipal". sagte ein hoher Beamter der niedersächsischen Staatskanzlei,

als die Terminänderung bekannt wurde, "ging es uns darum, dass die Manöver in diesem Gebiet überhaupt nicht stattfinden". Das hat gute Gründe: Das beanspruchte Gebiet zwischen Deister und Weser gehört zu den niedersächsischen Landstrichen mit dem besten Boden. Er wird bei einer Güteklasse bis zu 100 gern mit der Magdeburger Börde verglichen. Nun ist die Niederschlags-Norm in dieser Gegend bereits um 300 Prozent überschritten. Das bedeutet, dass der Boden metertief aufgelockert ist und dass Bodenverdichtungen, die einen wesentlich geringeren Pflanzenwuchs ergeben, nicht zu vermeiden sind, wenn 150 Panzer, wie vorgesehen, sich im Gelände bewegen. Das sind Dauer-schäden, die mit den üblichen Entschädigungen nicht wettgemacht werden können. Dazu kommen rund 2000 Morgen Drainagen, deren Tonrohre nur 80 cm unter der lockeren Erde ruhen. Ein Morgen Drainage kostet durchschnittlich 700 DM. Wieviel von diesen Tonrohren übrig bleiben, wenn 60 Tonne schwere Panzer darüber walzen, lässt sich an fünf Fingern abzählen.

#### Es ging auch einmal ohne Querfeldeinfahren

Manöver, so sagen die Fachleute, müssen sein, zumal die englische Armee ja auch den Schutz Westdeutschlands übernommen habe. Der Schutz äußert sich auch darin, dass ausgerechnet jetzt im Kreis Hameln-Pyrmont in sämtlichen Brücken Sprengkammern eingebaut werden, was zu weiteren Reibereien mit der Bevölkerung führt. Aber Manöver hin, Manöver her - müssen sie unbedingt auf so wertvollem Boden abgehalten werden? Das fragen sich alle Verantwortlichen in Hannover und darum geht der Papierkrieg um die "Panzerfaust" weiter.

Nach wie vor ist also "Mailed fist" für rund 20.000 Bauern des ausersehnen Gebiets ein Damoklesschwert. Zwar hat die Rheinarmee zugesagt, dass noch nicht abgeerntete Felder (Rüben, Kartoffeln) tanlichst geschont werden sollen, aber bisher ist solche Theorie meist von der gepanzerten Wirklichkeit überrollt worden. Darum ist die "Panzerfaust" für die Bauern um Hameln ein Manöver-Toto geworden: Wird es meinen Acker treffen oder den meines Nachbarn? Es ist in diesen Tagen nicht ratsam, mit den Bauern über EWG, Integration und ähnliche Dinge zu sprechen; Dinge, für die sie sonst viel übrig haben. Denn die Bauern erinnern sich, dass die Reichswehr und auch die Wehrmacht Panzer auf den Wegen liessen, das Querfeldeinfahren wurde in der Regel durch Flaggen, viel Schiedsrichter und Phantasie ersetzt.

Sowjetzonenflüchtlinge mahnen

sp Wenn Flüchtlinge aus der Sowjetzone zusammenkommen, dann unterhalten sie sich im wesentlichen über zwei Fragen: Über Sorgen, die ihr neues Leben in der Bundesrepublik betreffen und die ihnen meist auf den Nägeln brennen und, mit dem Blick in eine weitere Zukunft, darüber, wie eine deutsche Wiedervereinigung zustande kommen könnte, die auch ihr Los wieder ändern und sie in die Heimat zurückführen würde, soweit sie es wollen. Dies ist natürlich das sehnüchtige Ziel der überwiegenden Mehrheit.

Kürzlich fand in Gießen der Verbandstag der Sowjetzonenflüchtlinge des Landes Hessen statt. Auch er stand im Zeichen dieses Doppelanliegens. Über "Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik" sprach Oberbürgermeister a.D. Dr. Engler, über "Die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit" Arno Scholz, Herausgeber und Chefredakteur des in Berlin erscheinenden "Telegraf".

Es war sehr bezeichnend, dass es an keiner Stelle mehr Beifall gab, als bei der Forderung von Scholz, die Sorge um die 18 Millionen Menschen in Mitteldeutschland müsse absolut im Vordergrund aller politischen Anstrengungen in der Bundesrepublik stehen, hier dürfe es keine Meinungsunterschiede geben. Diese Sorge hat in der Vergangenheit zweifellos nicht genug Aktivität und Willen, Abhilfe zu schaffen, entwickelt - viel zu viel Gleichgültigkeit und schnelle Bereitschaft, sich mit der bösen Tatsache abzufinden, haben um sich gegriffen.

Ihnen muß mit aller Entschlossenheit entgegengetreten werden. Jede Verzögerung des ganzen politischen und psychologischen Prozesses, der ohnehin Jahre in Anspruch nehmen wird, ist auch darum gefährlich, weil sie alle die Kräfte stärken würde, die an der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes oder zumindest wenig an seiner Änderung interessiert sind. Den Willen zur friedlichen Wiedervereinigung zu wecken, wo er nicht oder nur ungenügend vorhanden ist, und ihn wachzuhalten, wird die bestimmende Aufgabe und Verpflichtung jeder deutschen Politik sein müssen, eine Aufgabe, die nach innen wie nach außen gerichtet sein muß.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau